

Matthias Karmasin
Christian Oggolder *Hrsg.*

Österreichische Mediengeschichte

Band 1: Von den frühen
Drucken zur Ausdifferenzierung
des Mediensystems (1500 bis 1918)

 Springer VS

Österreichische Mediengeschichte

Wissenschaftlicher Beirat

Klaus Arnold (Universität Trier)

Stefanie Averbeck-Lietz (Universität Bremen)

Frank Bösch (Universität Potsdam, ZZF)

Gaby Falböck (Universität Wien, medien & zeit)

Susanne Kinnebrock (Universität Augsburg)

Helmut W. Lang (Österreichische Nationalbibliothek)

Herbert Matis (Wirtschaftsuniversität Wien, Österreichische Akademie der Wissenschaften)

Brigitte Mazohl (Universität Innsbruck, Österreichische Akademie der Wissenschaften)

Michael Meyen (Universität München)

Reinhard Stauber (Universität Klagenfurt)

Rudolf Stöber (Universität Bamberg)

Jürgen Wilke (Universität Mainz)

Gabriele Zuna-Kratky (Technisches Museum Wien)

Matthias Karmasin • Christian Oggolder
(Hrsg.)

Österreichische Mediengeschichte

Band 1: Von den frühen Drucken zur
Ausdifferenzierung des
Mediensystems (1500 bis 1918)

 Springer VS

Herausgeber

Matthias Karmasin
Österreich. Akademie der
Wissenschaften
Universität Klagenfurt
Wien/Klagenfurt, Österreich

Christian Oggolder
Österreich. Akademie der
Wissenschaften
Universität Klagenfurt
Wien/Klagenfurt, Österreich

ISBN 978-3-658-11007-9

ISBN 978-3-658-11008-6 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-11008-6

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Barbara Emig-Roller, Monika Mülhausen

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH ist Teil der Fachverlagsgruppe
Springer Science+Business Media
(www.springer.com)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
<i>Von der Medialisierung der Geschichte zur Mediengeschichte</i> Matthias Karmasin und Christian Oggolder	
Politik, Gesellschaft, Medien	9
<i>Österreich zwischen Reformation und Erstem Weltkrieg</i> Christian Oggolder	
Die Fuggerzeitungen	27
<i>Geschriebene Zeitungen und der Beginn der periodischen Presse</i> Katrin Keller	
Typographische Medien im konfessionellen Zeitalter	51
Christian Oggolder	
Die Kalenderdrucke – ein frühes Massenmedium?	73
<i>Anmerkungen zu einigen Charakteristika der Wiener Kalenderproduktion des 15. bis 17. Jahrhunderts</i> Josef Seethaler	
Das Wien(n)erische Diarium und die Entstehung der periodischen Presse	87
Andrea Reisner und Alfred Schiemer	

Frühes Korrespondenzwesen	113
<i>Michael Hermann Ambros und sein Grazer Zeitungsunternehmen</i> Andreas Golob	
Zur Entwicklung des Wiener Zeitschriftenwesens in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts	139
Andrea Seidler	
Die Tagespresse der franzisko-josephinischen Ära	167
Gabriele Meliscek und Josef Seethaler	
Geschichte der Österreichischen Frauenzeitschriften	193
Larissa Krainer	
Der Erste Weltkrieg	223
<i>Österreichische Medien und Medienpolitik 1914-1918 – Ein internationaler Vergleich unter besonderer Berücksichtigung visueller Kommunikationsformen</i> Hannes Leidinger	
Autorenverzeichnis	251

Einleitung

Von der Medialisierung der Geschichte zur Mediengeschichte

Matthias Karmasin und Christian Oggolder

Die Herausgabe einer „österreichischen Mediengeschichte“ konfrontiert das Vorhaben von Anbeginn mit einer Vielzahl an Herausforderungen. Einerseits stellt sich die Frage nach einer adäquaten Definition des Adjektivs „österreichisch“, da jeder Rückgriff auf die Zeit vor 1918 das Problem der territorialen, sprachlichen und politischen Abgrenzung aufwirft (vgl. Scheutz und Strohmeyer 2008). Zur Vermeidung dieses Problems bietet sich der in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte übliche Rückgriff auf industriespezifische Darstellungen an. Eine Geschichte der Medien würde solcherart in Analogie zu einer Geschichte der österreichischen Banken-, Versicherungs-, Stromindustrie etc. begriffen. Es bliebe bei einer solchen industriespezifischen Zugangsweise aber andererseits der mitunter berechtigte Einwand, dass die Medienentwicklung in Österreich nicht hinreichend Spezifika aufweist, die eine eigenständige Betrachtung rechtfertigen würde. Als Konsequenz würden einschlägige Darstellungen aus Deutschland mit dem Verweis auf einige wenige „spezifica Austriaca“ genügen. Überdies wäre unter dem „Vorzeichen von Globalisierung und europäischer Integration“ die Sinnhaftigkeit „einer nationalstaatlich perspektivierenden Geschichtsbetrachtung“ zwar grundsätzlich zu diskutieren, „dennoch sind es gerade auf die Nation bezogene Vergangenheitskonstrukte, die bis in unsere Gegenwart hinein die gesellschaftliche Wahrnehmung vergangener Wirklichkeiten prägen“ (Haug-Moritz 2008, S. 127). Unter dieser Prämisse mögen zwar medienhistorische Darstellungen – insbesondere das Alte Reich betreffend – aus deutscher Perspektive zu ähnlichen Ergebnissen kommen, die nationalstaatliche Verankerung samt mentalitätsgeschichtlicher Einbettung kann im konkreten Fall den österreichischen Blickwinkel rechtfertigen.

Offenkundig sind derartige Probleme mit ein Grund dafür, dass trotz aller Relevanz, die Medien für Gesellschaft und Politik auch aus medienhistorischer Perspektive übereinstimmend attestiert wird (vgl. Stöber 2010, S. 16), ein derartiges Kompendium noch nicht in Angriff genommen wurde. Zwar sind einzelne Themenbereiche bisweilen sehr gut aufgearbeitet, so etwa – nur exemplarisch angeführt – die frühen Drucke (Helmut W. Lang 1972; Lang und Lang 2001), die Geschichte des Drucks in Österreich (Durstmüller 1982-1989), die Presse in der Habsburgermonarchie (Melischek und Seethaler 2006), die Wiener Tagespresse (Melischek und Seethaler 1992-1999), die NS-Presse (Duchkowitsch 2001), die Parteipresse nach 1945 (Feldinger 1996), die Geschichte des Nachkriegsrundfunks (Feldinger 1990), des Fernsehempfangs (Steinmaurer 1999) oder die Geschichte des Fotojournalismus (Pensold 2015) sowie historische Arbeiten zum Journalismus (Hausjell 1989; Schmolke 1992; Langenbucher und Hausjell 1995), zur Wirtschaftsgeschichte der Massenmedien (Resch 2008), zum Medienrecht (Berka 1989; Olechowski 2004), zur österreichischen Medienlandschaft (Stark und Magin 2009) und schließlich zur Fachgeschichte (Karmasin und Krainer 2013)¹. Darüber hinaus veröffentlicht die wissenschaftliche Zeitschrift *medien & zeit* kontinuierlich bemerkenswerte Beiträge zu Detailfragestellungen der österreichischen Medien- und Kommunikationsgeschichte. Schließlich gibt es eine Vielzahl von Erinnerungsliteratur von Journalisten und Medienmachern (etwa Muzik 1982; Schmolke 2000; Hüffel und Reiter 2004; Lendvai 2007; Weissenberger und Stimeider 2008) sowie Jubiläumsausgaben von Tageszeitungen (z.B. Festschrift zu „310 Jahre *Wiener Zeitung*“, Jubiläumsausgabe „165 Jahre *Die Presse*“, Jubiläumsausgabe „25 Jahre *DER STANDARD*“) und eine Vielzahl von wissenschaftlichen Abschlussarbeiten, die sich mit medienhistorischen Themen beschäftigen. Was nach wie vor fehlt, ist ein Kompendium, das medienhistorische Befunde unter einen sozialgeschichtlichen und kommunikationswissenschaftlichen Zusammenhang bündelt. Wir gehen nicht nur von der Medialität der Geschichte, sondern auch von der Historizität der Medienkultur aus. Damit geht es nicht darum – wie Crivellari et al. (2004b, S. 23) süffisant anmerken –, dass die Medienwissenschaft als Grahshüterin des „medial turn“ der Geschichtswissenschaft (und anderen Fächern) ihre Technik- und Medienvergessenheit „genüsslich unter die Nase reiben“ kann und damit disziplinäre Legitimation für diverse Einmischungen bekommt. Wir haben vielmehr die *Verschränkung* von Medialität und Historizität und die Rekonstruktion des „medial turn“ auch in der historischen Betrachtung im Blick (vgl. Crivel-

1 Die hier angeführten Arbeiten stellen selbstredend keine Bibliographie der österreichischen Mediengeschichte dar, sondern verweisen nur exemplarisch auf Befunde und Forschungsergebnisse zu diesen Objektbereichen.

lari et al. 2004a). Der Wandel, der durch Medien bedingt wird und der seinerseits nur vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Arrangements realisiert werden kann, ist historisch nicht nur durch technische Neuerungen und sozio-ökonomische Arrangements zu erklären, sondern leitet sich auch aus der Veränderung der gesellschaftlichen Wahrnehmungs- und Kommunikationsmöglichkeiten ab. Wandel ist in diesen Sinne mit Crivellari et al. (2004b, S. 31) als rekursiver Vorgang zu definieren, in dessen Verlauf sich auch die kulturelle, soziale und diskursive Aneignung und Reproduktion der Medien bzw. des zeitgenössischen Medienensembles ändern. Eine transdisziplinäre Betrachtung, wie sie der akademische Zeitgeist bei vielerlei Erkenntnisobjekten und Untersuchungsgegenständen fordert, scheint also auch hier trotz aller innerakademischer Revieransprüche und Reibungsverluste angemessen. Damit verstehen wir Mediengeschichte als Sozial- und Kulturgeschichte der Medien, die einerseits die Spezifika des Objektbereiches Medien und ihre gesellschaftliche, insbesondere politische Relevanz in den Blick nimmt, und andererseits historische Methoden und Darstellungsformen zur Anwendung bringt.

Diesem Grundgedanken trägt die Zusammensetzung des wissenschaftlichen Beirates dieses Projektes Rechnung, der uns bei der Zielsetzung, der Konzeption der beiden Bände und dem Review der Einzelbeiträge unterstützt hat und dem wir Dank nicht nur für das Engagement, sondern auch für wertvolle und richtungsweisende Anregungen schulden.

Der wissenschaftliche Beirat, bestehend aus Klaus Arnold (Universität Trier), Stefanie Averbek-Lietz (Universität Bremen), Frank Bösch (Universität Potsdam, ZZF), Gaby Falböck (Universität Wien, *medien & zeit*), Susanne Kinnebrock (Universität Augsburg), Helmut W. Lang (ÖNB), Herbert Matis (Wirtschaftsuniversität Wien, ÖAW), Brigitte Mazohl (Universität Innsbruck, ÖAW), Michael Meyen (Universität München), Reinhard Stauber (Universität Klagenfurt), Rudolf Stöber (Universität Bamberg), Jürgen Wilke (Universität Mainz) und Gabriele Zuna-Kratky (Technisches Museum Wien), den wir für dieses Projekt gewinnen konnten, und für dessen Begutachtung des Konzeptes und der Einzelbeiträge wir nochmals sehr herzlich danken, teilte zu Anfang unsere Einschätzung, dass sich der Versuch einer durchgängigen, versammelten Darstellung lohnen würde. Dabei steht ein derartiges Publikationsvorhaben immer vor der Herausforderung der Auswahl – wie ja Geschichtsschreibung *sui generis* Auswahl ist. Wo also beginnen, wo aufhören, welche Bereiche integrieren, welche weglassen?

Die mit zwei Bänden konzipierte „Österreichische Mediengeschichte“ verfolgt das Ziel, *eine* Mediengeschichte des Landes im Sinne einer Kultur- und Gesellschaftsgeschichte vorzulegen. Dieser sozial- und kulturhistorische Zugang geht von einer Wechselwirkung gesellschaftlicher Entwicklungen und medialer Veränderungen aus (vgl. Behmer et al. 2003; Kinnebrock, Schwarzenegger und Birkner

2015). Im Zentrum des Interesses steht daher nicht die exakte und vollständige Rekonstruktion von Entwicklungslinien einzelner Mediengattungen in Österreich, nicht die positivistische Sammlung und Dokumentation medienhistorischer Erzeugnisse, sondern die – ohne Zweifel nur exemplarische – Darstellung der Interdependenzen von gesellschaftlichen und politischen Veränderungen sowie medialen Entwicklungen und Innovationen.

Die Frage ab welchem Zeitpunkt eine nationale Mediengeschichte ihren Beginn definiert ist nicht einfach zu entscheiden und kann immer wieder zur Diskussion gestellt werden. Eine derartige Entscheidung hängt nicht zuletzt mit dem jeweils zugrunde gelegten Verständnis von Medien zusammen. So wäre es durchaus denkbar, etwa im Sinne von Faulstich (2006), die „Venus von Willendorf“ als österreichisches Kommunikationsmedium aufzufassen und dementsprechend den Beginn einer österreichischen Mediengeschichte mit dem Paläolithikum anzusetzen. Die vorliegende Publikation orientiert sich überwiegend am traditionell kommunikationswissenschaftlichen Medienverständnis, wonach Medien „im engeren Sinne jene technischen Mittel“ darstellen, „die zur Verbreitung von Aussagen an ein potentiell unbegrenztes Publikum geeignet sind“ (Wilke 2000, S. 1; vgl. auch Stöber 2010). Unter dieser Prämisse steht der Beginn der Mediengeschichte in unmittelbarem Zusammenhang mit der Erfindung des Drucks mit beweglichen Lettern, was gleichzeitig den Rahmen dieses Bandes auf der einen Seite absteckt. Aufgrund der medienhistorisch oftmals unterschätzten Bedeutung von geschriebenen Zeitungen, von denen „die Initialzündung für die Entstehung der gedruckten Zeitung“ ausging und „als die unmittelbaren Vorgänger der gedruckten Zeitungen [...] – bis auf den Druck eben – bereits mit allen wesentlichen Charakteristika des neuen Mediums ausgestattet“ (Böning 2008, S. 218) waren, werden die *Fuggerzeitungen* als Beispiel für geschriebene Zeitungen in diesem Band mitberücksichtigt. Der Endpunkt des ersten Bandes mit dem Ende der Habsburgermonarchie und der Transformation Österreichs in einen demokratischen Kleinstaat ist zweifelsohne stark ereignisgeschichtlich geprägt, ist aber auf Grund der neuen Rahmenbedingungen des Mediensystems auch aus medienhistorischer Perspektive begründbar.

Um dem Anspruch eines sozial- und kulturhistorischen Zugangs zur Medien- und Kommunikationsgeschichte gerecht zu werden, geht den medienhistorischen Beiträgen ein einleitendes Kapitel zur Geschichte „Österreichs“ voraus. Christian Oggolder steckt darin den sozial- und ereignisgeschichtlichen Rahmen als Grundlage für die Darstellung der medialen Entwicklungen in groben Zügen ab.

Katrin Keller stellt in ihrem Beitrag über die in Wien überlieferten *Fuggerzeitungen* „eine der umfangreichsten und kompaktesten Sammlungen geschriebener Zeitungen im deutschen Sprachraum“ (siehe dort) vor. Sie dokumentiert „mit den Jahren 1568 bis 1604 eine wichtige Phase in der Entstehung der periodischen Pres-

se“, weil diese geschriebenen Zeitungen „bereits periodisch erschienen und als kommerzielles Produkt angelegt waren“ (siehe dort).

Christian Oggolder bietet zunächst eine Einführung zu den neuen Druckmedien des 16. und 17. Jahrhunderts und den damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen. Im Anschluss fokussiert er zum einen auf die medial ausgetragenen Polemiken zwischen den Konfessionen und zum andern auf die antitürkischen Drucke, den sogenannten *Turcica*. Diese Beispiele zeigen, „dass die typographischen Medien im konfessionellen Zeitalter begannen, zunehmend Funktionen von (öffentlicher) politischer Kommunikation zu übernehmen, die weit über rein konfessionelle Querelen oder glaubenstheoretische Unstimmigkeiten hinaus gingen“ (siehe dort).

Kalender „waren seit ihrer massenhaften Verbreitung im 16. Jahrhundert dazu in der Lage, relativ breiten Bevölkerungskreisen auf verhältnismäßig schlichte Art und Weise wichtiges, weil lebensalltäglich relevantes Wissen zu vermitteln“ (Landwehr 2014). Josef Seethaler geht der Frage nach, ob man im Falle des frühneuzeitlichen Kalenders etwa schon von einem Massenmedium sprechen könne. Er belegt auf Grundlage detaillierter Quellenarbeit, dass sich dieser „als früher Vertreter eines auf bildungsmäßig geringer eingeschränkte Verbreitung zielenden Druckerzeugnisses“ (siehe dort) erweist.

Andrea Reisner und Alfred Schiemer beleuchten mit der Geschichte des *Wiener(n)erischen Diariums*, das 1780 in *Wiener Zeitung* umbenannt wurde, die Anfänge der periodischen Presse in Österreich sowie erste Schritte auf dem Weg zu einem professionellen Journalismus unter den schwierigen ökonomischen Bedingungen des Habsburgerreiches sowie den „geringen intellektuellen Entfaltungsmöglichkeiten in einer streng hierarchischen Gesellschaft“ (siehe dort).

In seinem Beitrag über Michael Hermann Ambros und seiner *Grazer Bauernzeitung* rekonstruiert Andreas Golob einen Medienunternehmer abseits der Hauptstadt Wien. Ohne sich auf ein kaiserliches Privileg stützen zu können, entwickelte Ambros „ein eigenes tragfähiges Korrespondenznetzwerk als Alleinstellungsmerkmal“, das „aufgrund einer vergleichsweise ungewöhnlichen Transparenz [...] nicht nur die Bemühungen in der Informationsakquise, sondern auch die Grundzüge der Informationsverbreitung“ (siehe dort) darzustellen ermöglicht.

Andrea Seidler behandelt in ihrem Beitrag das Wiener Zeitschriftenwesen des 18. Jahrhunderts und die damit verbundene wachsende öffentliche Artikulation des Bürgertums. Die Initiative zur Gründung derartiger Printprodukte – wie Moralische Wochenschriften, Predigtkritiken, lokalsatirische und kritische Blätter sowie freimaurerische gelehrte Zeitschriften – ging dabei oft von Schriftstellern aus, „die aus dem Ausland in die Hauptstadt der Habsburgermonarchie gezogen waren und hier ihre journalistische Tätigkeit aufnahmen“ (siehe dort).

In ihrem auf umfangreichen bibliographischen Vorarbeiten basierenden Beitrag zur Tagespresse in der franzisko-josephinischen Ära dokumentieren Gabriele Melischek und Josef Seethaler „die Entwicklung der Tagespresse der gesamten Habsburgermonarchie anhand zentraler Kennzahlen wie Wachstumsraten und Leserichte“ (siehe dort). Die auf Cisleithanien bezogene Analyse der sozialstrukturellen Bedingungen untermauert die „zentrale Bedeutung“ der Urbanisierung „für das Wachstum des Tageszeitungsmarkts“ (siehe dort).

Larissa Krainer behandelt in ihrem Beitrag die Geschichte der Österreichischen Frauenzeitschriften, also jener Zeitschriften, „die ein weibliches Publikum adressieren“ (siehe dort). Seit ihren Anfängen im Zeitalter der Aufklärung bis zum Ende der Monarchie wurden mehr als 150 Produkte veröffentlicht. Diese Printprodukte waren intentional stark vom jeweiligen historischen Kontext geprägt und dienten einerseits der Förderung von Bildung und Emanzipation der Frauen, trugen aber andererseits auch zur Festigung traditioneller gesellschaftlicher Rollenvorstellungen bei.

Hannes Leidinger schließt den Band mit einem medienhistorischen Blick auf den Ersten Weltkrieg ab. Es werden dabei insbesondere visuelle Kommunikationsformen international vergleichend untersucht, wobei der Autor zu dem Schluss kommt, dass sich der Erste Weltkrieg zwar „nur bedingt als mediengeschichtliche Wende“ präsentiert, allerdings gerade in den Bereichen Film und Fotografie ein „Bedeutungszuwachs“ hinsichtlich „Massenunterhaltung und -beeinflussung“ bis 1918 unverkennbar ist (siehe dort).

Im Hinblick auf die eingangs geschilderten Prämissen ist dieses auf zwei Bände angelegte Kompendium zu verstehen. Dabei ist uns als Herausgeber, ebenso wie den Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirates dieses Projektes bewusst, dass eine alle Aspekte umfassende Darstellung unter diesem Anspruch nicht zu leisten ist. Raum für weitere historische Analysen bleibt genug: eine Geschichte einzelner Mediengattungen (des Films, der Fotografie, des Telefons, des Internets etc.) zählt dazu ebenso wie einzelne Akteurskonstellationen (eine Geschichte des Medienmanagements etwa) oder auch die differenzierte und detailreiche Darstellung bestimmter historischer Epochen.

Ziel der Publikation ist die Bereitstellung eines Handbuchs für Medien- und KommunikationswissenschaftlerInnen und Studierende, das ebenso auch im Unterricht an Schulen Verwendung finden kann. Wir haben uns vor diesem Hintergrund bemüht, mit diesen Bänden eine Gesamtdarstellung zu ermöglichen, die ihren Wert gerade aus der Möglichkeit der Darstellung von Mediengeschichte als Gesellschaftsgeschichte und aus der für Österreich erstmals vorliegenden Überblicksdarstellung gewinnt. Damit verstehen sich diese Bände als Beginn der Diskussion – nicht als deren Ende.

Literatur

- Behmer, M. et al. (Hrsg.) (2003). *Medienentwicklung und gesellschaftlicher Wandel. Beiträge zu einer theoretischen und empirischen Herausforderung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Berka, W. (1989). *Das Recht der Massenmedien: ein Lehr- und Handbuch für Studium und Praxis mit Wiedergabe des Medien- und Rundfunkgesetzes*. Wien et al.: Böhlau.
- Böning, H. (2008). „Gewiss ist es/ dass alle gedruckte Zeitungen erst geschrieben seyn müssen“. Handgeschriebene und gedruckte Zeitungen im Spannungsfeld von Abhängigkeit, Koexistenz und Konkurrenz. In G. Scholz Williams & W. Layher (Hrsg.), *Consuming News: Newspapers and Print Culture in Early Modern Europe (1500-1800)* (S. 203-242). Amsterdam, New York: Rodopi.
- Crivellari, F. et al. (Hrsg.) (2004a). *Die Medien der Geschichte. Historizität und Medialität in interdisziplinärer Perspektive – unter Mitarbeit von Sven Grampp*. Konstanz: UVK.
- Crivellari, F. et al. (2004b). Einleitung. Die Medialität der Geschichte und die Historizität der Medien. In F. Crivellari et al. (Hrsg.) (2004a), *Die Medien der Geschichte. Historizität und Medialität in interdisziplinärer Perspektive – unter Mitarbeit von Sven Grampp* (S. 9-45). Konstanz: UVK.
- Faulstich, W. (2006). *Mediengeschichte von den Anfängen bis 1700*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Duchkowitz, W. (Hrsg.) (2001). *Die österreichische NS-Presse 1918-1933. Bestandsaufnahme und Dokumentation*. Wien: Literas.
- Durstmüller, A. (1982-1989). *500 Jahre Druck in Österreich. Die Entwicklungsgeschichte der graphischen Gewerbe von den Anfängen bis zur Gegenwart (3 Bde.)*. Wien: Hauptverband der graphischen Unternehmungen Österreichs.
- Feldinger, N. P. (1990). *Nachkriegsrundfunk in Österreich: zwischen Föderalismus und Zentralismus von 1945 bis 1957*. München: K. G. Saur.
- Feldinger, N. P. (1996). Die Tagespresse der österreichischen Parteien nach 1945. *Relation: Medien – Gesellschaft – Geschichte* 3/2, 25-56.
- Haug-Moritz, G. (2008). Das Heilige Römische Reich deutscher Nation als Raum der österreichischen Geschichte. In M. Scheutz, & A. Strohmeyer (Hrsg.), *Was heißt „österreichische“ Geschichte? Probleme, Perspektiven und Räume der Neuzeitforschung* (S. 127-147). Innsbruck, Wien, Bozen: Studienverlag.
- Hausjell, F. (1989). *Journalisten gegen Demokratie oder Faschismus: eine kollektiv-biographische Analyse der beruflichen und politischen Herkunft der österreichischen Tageszeitungsjournalisten am Beginn der Zweiten Republik (1945-1947)*. Frankfurt a. M. et al.: Lang.
- Hüffel, C., & Reiter, A. (Hrsg.) (2004). *Medienpioniere erzählen... 50 Jahre österreichische Mediengeschichte – von den alten zu den neuen Medien*. Wien: Braumüller.
- Karmasin, M., & Krainer, L. (2013). Zwischen Differenzierung und Kanonisierung: Konturen einer Fachgeschichte von Publizistik-, Medien- und Kommunikationswissenschaft in Österreich. *Medien Journal* 37/1, 3-29.
- Kinnebrock, S., Schwarzenegger, C., & Birkner T. (Hrsg.). (2015). *Theorien des Medienwandels*. Köln: Halem.
- Landwehr, A. (2014). *Geburt der Gegenwart: Eine Geschichte der Zeit im 17. Jahrhundert*. Frankfurt a. M.: Fischer.

- Lang, H. W. (1972). *Die Buchdrucker des 15. bis 17. Jahrhunderts in Österreich. Mit einer Bibliographie zur Geschichte des österreichischen Buchdrucks bis 1700*. Baden-Baden: Koerner.
- Lang, H. W., & Lang, L. (Hrsg.) (2001). *Österreichische Retrospektive Bibliographie (ORBI)*. Reihe 2: *Österreichische Zeitungen 1492-1945, Bd. 1: Bibliographie der österreichischen (nichtperiodischen) Neuen Zeitungen 1492-1705*. München: K. G. Saur.
- Langenbacher, W., & Hausjell, F. (Hrsg.) (1995). *Vertriebene Wahrheit. Journalismus aus dem Exil*. Wien: Ueberreuter.
- Lendvai, P. (2007). *Mein Österreich. 50 Jahre hinter den Kulissen der Macht*. Salzburg: Ecowin.
- Melischek, G., & Seethaler, J. (Hrsg.) (1992-1999). *Die Wiener Tageszeitungen: Eine Dokumentation* (3 Bde.). Frankfurt a. M. et al.: Lang.
- Melischek, G., & Seethaler, J. (2006). Presse und Modernisierung in der Habsburgermonarchie. In H. Rumpler & P. Urbanitsch (Hrsg.), *Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. VIII/2: Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft – Die Presse als Faktor der politischen Mobilisierung* (S. 1535-1714). Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.
- Muzik, P. (1982). *Die Zeitungsmacher: Österreichs Presse : Macht, Meinungen und Milliarden*. Wien: Orac.
- Olechowski, T. (2004). *Die Entwicklung des Preßrechts in Österreich bis 1918: ein Beitrag zur österreichischen Medienrechtsgeschichte*. Wien: Manz.
- Pensold, W. (2015). *Eine Geschichte des Fotojournalismus: Was zählt, sind die Bilder*. Wiesbaden: Springer VS.
- Resch, A. (2008). *Das Geschäft mit Wort und Bild: Wirtschaftsgeschichte der Massenmedien und der Werbebranche in Wien*. Wien: LIT.
- Scheutz, M., & Strohmeyer, A. (Hrsg.) (2008). *Was heißt „österreichische“ Geschichte? Probleme, Perspektiven und Räume der Neuzeitforschung*. Innsbruck, Wien, Bozen: Studienverlag.
- Schmolke, M. (1992). *Wegbereiter der Publizistik in Österreich: Autoren mit ihren Arbeiten von Joseph Alexander von Helfert bis Wilhelm Bauer, 1848 bis 1938*. Wien, St. Johann im Pongau: Österreichischer Kunst- und Kulturverlag.
- Schmolke, M. (Hrsg.) (2000). *Der Generalintendant: Gerd Bachers Reden, Vorträge, Stellungnahmen aus den 1967 bis 1994. Eine Auswahl*. Wien: Böhlau.
- Stark, B., & Magin, M. (Hrsg.) (2009). *Die österreichische Medienlandschaft im Umbruch (= Relation. Beiträge zur vergleichenden Kommunikationsforschung N.F. Bd. 3)*. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.
- Steinmaurer, T. (1999). *Tele-Visionen. Zur Theorie und Geschichte des Fernsehempfangs*. Innsbruck, Wien: Studienverlag.
- Stöber, R. (2010). Zur Bedeutung historisch-empirischer Kommunikationsforschung. Überlegungen zum Stand von Kommunikationsgeschichte, Mediengeschichte und der Geschichte der öffentlichen Kommunikation. In C. Reinemann & R. Stöber (Hrsg.), *Wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft. Festschrift für Jürgen Wilke* (S. 15-34). Köln: Halem.
- Weissenberger, E., & Stimered, K. (2008). *Trotzdem. Die Oscar Bronner Story*. Wien: Ueberreuter.
- Wilke, J. (2000). *Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte. Von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert*. Köln, Weimar, Wien: Böhlau.

Politik, Gesellschaft, Medien

Österreich zwischen Reformation und Erstem Weltkrieg

Christian Oggolder

Zusammenfassung

Der Beitrag setzt sich zum Ziel, einen sozial- und ereignisgeschichtlichen Rahmen für die Darstellung der medialen Entwicklungen zwischen Ende des Mittelalters und Beginn der Moderne abzustecken. Um diese große Zeitspanne österreichischer Geschichte, die politisch und gesellschaftlich enormen Wandlungs- und Veränderungsprozessen unterworfen war, in ihrer Komplexität erfassen zu können, werden zur Gliederung drei historische Zeiträume mittlerer Dauer beschrieben, die sowohl politisch als auch gesellschaftlich und in der Folge ebenso unter medienhistorischen Aspekten als sinnvolle und begründbare Phasen der Geschichte verstanden werden können.

Der lange und sowohl politisch als auch gesellschaftlich heterogene Zeitraum vom Beginn des 16. Jahrhunderts bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts, mit anderen Worten vom Ende des Mittelalters bis zum Beginn der Moderne, bedarf zumindest einer groben inhaltlichen Strukturierung, um ihn in seiner Komplexität auch nur annähernd erfassen zu können (vgl. Scheutz und Strohmeyer 2010). Dieser Komplexität entsprechend sind auch die Medien samt ihren Wandlungsprozessen im Verlauf der historischen Zeit zu betrachten.

Im gleichen Maße unterliegt das gesellschaftliche und politische Gefüge, das wir Österreich nennen wollen, im Laufe dieser vier Jahrhunderte ebenso massiven Veränderungen. Diese beziehen sich nicht nur auf sein Territorium, sondern gleichermaßen auf politische und soziale Rahmenbedingungen. Dieses Kapitel steckt diesen Rahmen als historische Grundlage für die Darstellung der medialen Entwicklungen in groben Zügen ab. Dabei werden zur Gliederung drei Zeitabschnitte als historische Zeiträume mittlerer Dauer beschrieben, die sowohl politisch als auch gesellschaftlich und in der Folge ebenso unter medienhistorischen Aspekten als sinnvolle und begründbare Phasen der Geschichte verstanden werden können (vgl. etwa Winkelbauer 2003, Bruckmüller 2001, Vocelka 2001, Rumpler 1997).

1 Reformation, Gegenreformation und Dreißigjähriger Krieg

Die knapp eineinhalb Jahrzehnte zwischen Reformation und Ende des Dreißigjährigen Krieges (1520-1648), die meist als Zeitalter der Glaubenskämpfe (Zeeden 1965) bezeichnet werden, waren jedoch weit über konfessionelle Fragen hinausgehend von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung Österreichs, des Reichs und in der Folge auch für ganz Europa. Heinrich Lutz (2002, S. 2) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass diese Epoche „neben den kirchlich-konfessionellen Konflikten aufs stärkste von politischen und sozialen Gegensätzen geprägt war. Häufig haben wir es mit Überlagerungen und Verklammerungen von Konfliktfeldern unterschiedlicher Art zu tun“.

Aus der Perspektive einer österreichischen Geschichte ist dabei die Rolle der Habsburger Kaiser wesentlich, nicht zuletzt deshalb, weil mit Österreich oft etwas unscharf das Herrschaftsgebiet der Habsburger gemeint ist (vgl. Zöllner 1988; Kann 1993, S. 17). Diese Unschärfe liegt zum einen darin begründet, dass in der Frühen Neuzeit noch nicht von territorialen Nationalstaaten wie wir sie aus dem 19. Jahrhundert kennen gesprochen werden kann, sondern unter feudalistischen Bedingungen von Untertanenverbänden mit direkter oder indirekter personeller Verbindung zum jeweiligen Herrscher. Im Falle der Habsburger sprechen wir da-

bei etwa von den Habsburgischen Erblanden, unter denen das Erzherzogtum Österreich – seit 1490 administrativ in Österreich ob der Enns und Österreich unter der Enns geteilt, in etwa dem heutigen Ober- und Niederösterreich entsprechend – nur eine unter vielen Herrschaften darstellte. So zählten darüber hinaus u.a. auch die Länder der Böhmisches Krone sowie die Länder der Ungarischen Krone zum habsburgischen Herrschaftsgebiet.

Zum andern stellte das Haus Habsburg nahezu während der gesamten Frühen Neuzeit ebenso die Kaiser des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation, welches nun wiederum auch jene deutschsprachigen Gebiete umfasste, die erst 1871 zu einem nationalstaatlichen Territorium, dem kaiserlichen Deutschland, zusammengefasst wurden. Daher ist es ähnlich problematisch, von „Deutschland“ in der Frühen Neuzeit zu sprechen. Entsprechend vielfältig und unterschiedlich ist letzten Endes auch das, was in den zeitgenössischen Medien mit *deutsch* und *Deutschland* jeweils gemeint ist (vgl. Kapitel 4 in diesem Band).

Aus dieser Gemengelage von habsburgischen Ländern und dem – aus deutscher Perspektive – als Altes Reich bezeichneten Heiligen Römischen Reich gilt es Österreich und seine Spezifika gleichsam herauszudestillieren. Für das 16. Jahrhundert symbolisiert in besonderem Maße die Person Kaisers Karl V. die Schwierigkeit, Österreich im Sinne eines nationalstaatlichen Zugangs wie wir ihn seit dem 19. Jahrhundert kennen zu betrachten, nicht zuletzt deswegen, weil Karl als deutscher Kaiser gleichzeitig als spanischer König in Madrid residierte und die österreichischen Länder von seinem Bruder Ferdinand regiert wurden, der wiederum nach Karls Tod diesem als Kaiser des Reichs nachfolgte. Alfred Kohler hebt diesen Punkt in seiner Karl-Biographie einleitend hervor, indem er betont, dass „nationale Reklamationen dem ‚europäischen Phänomen‘ Karl V. nicht gerecht (werden), denn gerade die europäische Dimension macht das Einmalige und Typische dieses frühneuzeitlichen Herrschers aus“ (Kohler 2001, 29). Vor diesem Hintergrund erweitert sich die Problematik des Österreichischen im Sinne des Habsburgischen auf eine europäische Dimension.

An dieser Stelle wird klar, dass das Eintreten der katholischen Habsburger für ihre Konfession im gleichen Maße wie die protestantischen Rebellionen von deutschen Fürsten im Reich immer auch politische Statements waren. Die unsaubere Trennung von konfessionellen Anliegen und politischem Interesse zeigt sich besonders augenscheinlich in der Positionierung der französischen Könige, die als katholische Herrscher bisweilen auch protestantische Fürsten militärisch unterstützten, um der für Frankreich als Bedrohung empfundenen spanisch-österreichischen, d.h. habsburgischen Umklammerung etwas entgegen setzen zu können.

Heute betrachten wir das Zeitalter von Renaissance, Humanismus und Reformation als eine Periode des Aufbruchs zu etwas Neuem, das nicht von ungefähr

in späterer Zeit als Neuzeit – in scharfer Abgrenzung zu einem „dunklen“ Mittelalter – bezeichnet wurde. Die Menschen des Reformationsjahrhunderts hingegen empfanden ihre Zeit keineswegs als ein zukunftsorientiertes Aufbruchprojekt, ganz im Gegenteil, man „erwartete noch nichts von der Geschichte, es sei denn ihr Ende. Vielfach glaubte man in der letzten aller Zeiten und Reiche zu leben und stand unter dem Eindruck des bevorstehenden Weltuntergangs“ (Burkhardt 2002, S. 16). Unter diesem Blickwinkel sind auch eine Vielzahl von illustrierten Flugblättern und Flugschriften zu betrachten, die über Naturkatastrophen und Himmelserscheinungen berichteten, die künftiges Unheil ankündeten. „Das Weltbild war noch weitgehend statisch. Veränderungen wurden oft gar nicht wahrgenommen, wenn aber doch, dann verleugnet, als bloße Variation behandelt oder als Veränderung zum Schlechteren abgewertet. Wer etwas ändern wollte, berief sich noch nicht auf eine bessere Zukunft, sondern auf eine bessere Vergangenheit, die es wiederherzustellen gelte“ (ebd.). Vor diesem Hintergrund sind auch die Reformbewegungen inner- und außerhalb der katholischen Kirche zu verstehen. Luther war bekanntlich nicht angetreten, um eine neue Konfession zu gründen, sondern vielmehr um seine Kirche wieder zu ihren Wurzeln und ihren ursprünglichen Werten und Idealen zurück zu führen. Die Reformation kann somit als „Aufstand der ‚Kirche‘ gegen die ‚Kirche‘“ (Kaufmann 2009, S. 17) bezeichnet werden.

Die konfessionelle Frage konnte in den meisten Territorien im Reich schon recht bald nach dem sogenannten Augsburger Religionsfrieden (1555) zugunsten einer der beiden Konfessionen entschieden werden. Hingegen existierte in den Habsburgischen Ländern über eine längere Zeit ein Nebeneinander der Konfessionen (vgl. Leeb 2004, S. 640). Grund dafür war in erster Linie, dass die Habsburgischen Landesherren in ihrem Selbstverständnis als katholische Herrscher strikt am alten Glauben festhielten, sich hingegen „in den habsburgischen Ländern und im Erzbistum Salzburg eine heftige und starke Frühreformation vollzog, in deren Folge die reformatorischen Überzeugungen auch einwurzeln konnten und im Laufe der Zeit in manchen Ländern fast der gesamte Adel (in den Donauländern und in Innerösterreich etwa 90%) evangelisch wurde“, dennoch aber streng genommen bis um 1570 illegal blieb (ebd.). Ausgehend von einer solchen Umgebung von Illegalität und dieser Rechnung tragend, ist zu einem großen Teil auch die zeitgenössische Publizistik in den Habsburgischen Ländern zu betrachten. Falsche Angaben von Impressen auf Flugblättern und Flugschriften, (illegale) Nachdrucke protestantischer Publikationen sowie massenhafter Import von protestantischen Drucken aus dem Reich waren zentrale Elemente von Medienproduktion und -rezeption unter diesen gegebenen Bedingungen (vgl. Kohler 1979).

Somit war für die alte katholische Kirche ihre eigene Erneuerung letztlich der einzig gangbare Ausweg, wenn man nicht neu anmutende Ideen und Programme

von anderen diktiert haben wollte. Mehr noch ging es aber darum, dem drohenden Verlust von sowohl kirchlicher als auch weltlicher Autorität im Reich, ja in ganz Europa, etwas entgegenzuhalten. Das Konzil von Trient, das sich in den Jahren zwischen 1545 und 1563 mit den reformatorischen Herausforderungen auseinandersetzen hatte, präsentierte als Ergebnis daher auch kein resignatives Sich-Anpassen an die neuen Gegebenheiten, sondern vielmehr eine Kampfansage an die momentane Situation, in die man sich mitunter auch selbst hinein manövriert hatte. Gleichzeitig bedeutete dies auch eine Kampfansage – im wahrsten Sinne des Wortes – an den konfessionellen Gegner.

Neuorganisation der kirchlichen Strukturen, exakte Formulierung des theologischen Standpunktes als eindeutige Abgrenzung gegenüber den anderen Konfessionen, Bildungsoffensive und verstärkte zentrale Kontrolle sind einige markante Schlagwörter zur Charakterisierung der katholischen Erneuerungsbewegung, bei der die Gesellschaft Jesu eine wesentliche Rolle zu spielen hatte. Das Konzept des Gründers der Gesellschaft Jesu, Ignatius von Loyola (vgl. Wolter 1973), war im Grunde einfach. Es sollte weniger um eine Fortführung der reformatorischen Dispute gehen, nicht um theologische Streitgespräche, denen der überwiegende Teil der Bevölkerung ohnehin kaum folgen konnte, vielmehr versuchte der Orden der Jesuiten über den emotionalen Bereich Zugang zu den Gläubigen zu erlangen. „Den Weg für die Aufnahme der katholischen Lehre sollte eine verständliche und an das ‚Herz‘ appellierende Rede im Vortrag, in der Predigt, in der Christenlehre, im vertraulichen Gespräch, in der Beichte und in den geistlichen Übungen bahnen – eine Rede, die sich vorrangig nicht an den Verstand, sondern an das Gefühl richtete“ (Heiß 1986, S. 18).

Ein zweites Standbein der jesuitischen Katholisierungsoffensive war das verstärkte Engagement im Bereich der Erziehung und Bildung junger Menschen. Das Konzept der Gesellschaft Jesu sah also von Anfang an vor, auch auf weltliche Machthaber möglichst früh Einfluss zu erlangen. Die zwei prominentesten und – „folgeschwersten“ – Produkte jesuitischer Obhut finden wir in Maximilian I. von Bayern und Kaiser Ferdinand II. Die beiden wurden in Ingolstadt von den Jesuiten erzogen und der jesuitische Einfluss wirkte sich zeitlebens auf sie und ihr Handeln aus. Vor allem Ferdinand II. machte seine – auch politischen – Entscheidungen meist von den Stellungnahmen seiner jesuitischen Berater abhängig. So konnte beispielsweise sein Beichtvater Wilhelm Lamormaini es wagen, „dem Kaiser die Absolution zu verweigern, wenn er mit der im kirchlichen Interesse geforderten Reform des Reichskammergerichts noch länger ‚wegen menschlicher Rücksichten‘, also um der politischen Lage willen, zögere“ (Franz 1977, S. 415).

Die soeben skizzierten Punkte des jesuitischen Aufgaben- und Einflussbereichs im Rahmen der katholischen Erneuerung zeigen deutlich das Feindbildpotential,

das in diesem Konzept von den konfessionellen Gegnern erkannt werden musste und in den zeitgenössischen Medien vielfach aufgegriffen wurde. So wurde etwa die Betonung der affektiven Seite im Zugang zu den Menschen als Falschheit und hinterhältige Heuchelei ausgelegt, die Arbeit im Bereich der Erziehung und Bildung im günstigsten Fall als Irreführung von Kindern beschrieben, im weniger günstigen Fall als Verführung zu Unzucht und kriminellen Handlungen dargestellt. Der Einfluss auf weltliche Machthaber, insbesondere natürlich auf den Kaiser, konnte ebenso nicht so ohne Weiteres gutgeheißen werden.

Wie derlei üblicherweise nicht der Fall ist, so ist auch der Dreißigjährige Krieg (1618-1648) nicht aus heiterem Himmel über die Menschen der Frühen Neuzeit hereingebrochen (vgl. Burkhardt 2009, S. 53). Hatte man seit dem Ende des Langen Türkenkriegs (1593-1606) das Problem der osmanischen Gefahr einigermaßen im Griff, so nutzte das Haus Habsburg die Gelegenheit, im sogenannten Bruderzwist zwischen Kaiser Rudolf II. und Erzherzog Matthias familiäre Querelen auszutragen, wovon am Ende die Stände ganz klar als Profiteure hervorgehen sollten.

Nach dem Wegfall eines gemeinsamen äußeren Feindes, orientierte man sich nun auch im Reich wieder vermehrt am konfessionellen Gegner und irgendwann begannen man sich erneut zu verteidigen: die katholische Erneuerungsbewegung gegen den Verlust des wahren Glaubens und den Verlust des politischen Einflusses ihrer Repräsentanten, die Protestanten ihrerseits starteten eine Gegenoffensive gegen die Gegenreformation. Ergebnis all dessen war schließlich die Existenz zweier militärischer Verteidigungsbündnisse, der protestantischen Union und der katholischen Liga. Die Folge waren zahlreiche militärische Auseinandersetzungen sowie die Verwüstung halb Europas, das sich über drei Jahrzehnte hin erstreckte und im Rückblick als ein über dreißig Jahre andauernder Krieg memoriert wurde (vgl. etwa Burkhardt 1992 und speziell zu Wien: Weigl 2001). Abgesehen von dem unermesslichen menschlichen Leid, das eine erste Ahnung davon bot, was in späteren Jahrhunderten noch an Grausamkeiten geschehen sollte, schwächte der Friedensschluss von Münster und Osnabrück 1648 „die Position des Kaisers im Reich, verwies die kaiserliche Politik aber langfristig auf die Länder der Donaumonarchie und begünstigte die Ausbreitung des Einflussbereichs der Habsburger im Südosten“ (Vocelka 2000, S. 141). Unter medienhistorischen Gesichtspunkten war der Dreißigjährige Krieg „wie kein zweiter ein Flugblattkrieg, in dem die in der frühen Reformationszeit aufgekommenen Einblattdrucke mit schlagkräftigen Bild-Text-Kombinationen ihren Höhepunkt erreichten“ (Burkhardt 2009, S. 60).

2 Von der höfischen zur bürgerlichen Gesellschaft

Die Jahrzehnte nach dem neuerlichen erfolgreichen Zurückdrängen der Osmanischen Heere und dem Sieg auf dem Kahlenberg 1683 „werden häufig als das ‚Heldenzeitalter‘ Österreichs bezeichnet“, womit meist auf die militärischen Erfolge des Prinzen Eugen von Savoyen – insbesondere gegen die Osmanen und die weniger im kollektiven Gedächtnis Österreichs verankerten Schlachten gegen Frankreich im Rahmen des Spanischen Erbfolgekriegs (1701-1714) – Bezug genommen wird (Vocelka 2000, S. 141-145). Entscheidend für diese Erfolge waren auch strukturelle Veränderungen in politischen und administrativen Bereichen der Habsburgermonarchie im Laufe des 17. Jahrhunderts, einer Phase, die oft und gerne auch als „Österreichs Aufstieg zur Großmacht“ (Zöllner 1990, S. 246) beschrieben wird. Wesentlich dabei waren „der Ausbau des konfessionellen Absolutismus, die Aufstellung eines stehenden Heeres und der Aufbau einer Bürokratie, der es gelang, die Ressourcen der Länder besser zu erfassen“ (Vocelka 2000, S. 142). Damit zusammenhängend und in gewisser Weise auch als Folge dieser Veränderungen absolutistischer Herrschaft im Barockzeitalter wurde auch in Wien der Hof vermehrt zum „Entscheidungszentrum für immer zahlreichere Angelegenheiten“ sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Natur (Bruckmüller 2001, S. 153). Dieser Bedeutungszuwachs des Hofes ging einher mit seiner Funktion der Repräsentation, die dem Herrscher einerseits ermöglichte seinen Untertanen zu demonstrieren, „wo das Zentrum der Macht lag“, andererseits wurde so auch eine „Zone der *Distanz* zwischen der Majestät und der Untertanenschaft“ errichtet (ebd.). War der Hof also zweifelsohne Anziehungspunkt für machtorientierte Politiker, Wirtschaftstreibende oder auch Künstler, so bedeutete das gleichzeitig auch für den Monarchen, „die traditionelle Führungsschicht durch einen Prozeß der kulturellen und politischen Integration, der auf einem raffinierten System der Etikette, aber auch einer gezielten Patronagepolitik beruhte, für den monarchischen Staat zu gewinnen, und der entscheidende Ort, an dem dieser Integrationsprozeß stattfand, war der Hof“ (Asch 2005, S. 120; vgl. auch Pangerl/Scheutz/Winkelbauer 2007, S. 8ff.). Auch wenn der Hof der Habsburger aufgrund ökonomischer Einschränkungen niemals jene repräsentativen Dimensionen wie beispielsweise der französische Hof unter Ludwig XIV. erreichte (vgl. Elias 1969/2007), galten die grundsätzlichen funktionalen Definitionen des absolutistischen Herrschaftszentrum auch für den Wiener Hof (vgl. Ehalt 1980; Duindam 2003). Damit in Verbindung steht ebenso eine Urbanisierung des Adels, die wiederum zu einer Veränderung der Adelskultur führte. „Der Adel entfernte sich stärker als in der Vergangenheit von der bäuerlichen Lebenswelt“ wodurch sich auch „Umgangsforen und Selbstbild des Adels“ änderten (Asch 2005, S. 125f.). Folgt man Norbert Elias (1939/2010),

„dann war der unkriegerisch gewordene Hofadel, der gelernt hatte, seine Neigung zur Gewalt zu beherrschen, auch politisch gezähmt worden. Der Königsmechanismus der absoluten Monarchie und die Sozialdisziplinierung des Zivilisationsprozesses hingen, so scheint es, eng zusammen“ (ebd., S. 127). Ehalt (1980, S. 23) hebt in diesem Zusammenhang auch den Aspekt der ökonomischen Abhängigkeit vom Fürsten hervor, der „den Hofadel als Opposition ausscheiden“ ließ.

Darüber hinaus verursachte im höfischen Kontext das dynastische Prinzip in regelmäßigen Abständen Probleme im Hinblick auf die Erbfolge. Schon im Falle des spanischen Erbes waren die Habsburger damit konfrontiert und Ähnliches drohte sich auch nach dem Tod Kaiser Karl VI. in Ermangelung eines männlichen Nachfolgers für die Erblande und das Reich abzuzeichnen. Karls Versuch, dieses Problem mittels der sogenannten *Pragmatischen Sanktion* (1713), die eine weibliche Erbfolge ermöglichen sollte, noch zu seinen Lebzeiten zu lösen, war allerdings gescheitert und führte nach seinem Tod neuerlich zu militärischen Auseinandersetzungen die Erbfolge betreffend (*Österreichischer Erbfolgekrieg* 1740-1748). Als ein Ergebnis dieser Konfrontation ist der Beginn des Aufstiegs Preußens zur Großmacht sowie die Anfänge der Rivalität zwischen Preußen und Österreich um die Vorherrschaft in den deutschen Territorien zu sehen. Damit verbunden ist zum einen der Verlust von Schlesien sowie die Erweiterung der Habsburgermonarchie um nicht deutschsprachige Länder (Galizien, Lodomerien, Bukowina). Zum andern ist diese Phase gekennzeichnet durch erste Versuche, sprachlich und kulturell orientierte Nationalstaaten zu bilden. Waren diese neuen Staaten „zunächst durchwegs von ihren Herrschern symbolisiert, aus deren höfischer Machtakkumulation sie ja hervorgegangen waren“, so wurde „aus dem von den Fürsten der frühen Neuzeit geschaffenen Verband von fürstlichen Untertanen einer von Staatsuntertanen – und schließlich von Staatsbürgern“ (Bruckmüller 1996, S. 22). Dieser Prozess erfuhr im 19. Jahrhundert im Zuge des von Herder geprägten Nationalismus (vgl. etwa Echternkamp 1998, S. 99f; Jansen/Borggräfe 2007, S. 39f.) eine massive Beschleunigung, wobei als Nationalstaat der Deutschen zunehmend auch von der deutschsprachigen Bevölkerung des Habsburgerreichs jener unter preußischer Führung verstanden wurde. Die Notwendigkeit einer Lösung der *deutschen Frage* wurde nach der auf Druck von Napoleon niedergelegten Kaiserkrone durch Franz II./I. und dem Ende des Heiligen Römischen Reichs 1806 (vgl. Mazohl-Wallnig/Bösche 2005) zunehmend dringlicher. Der Rückzug der Habsburger auf ein österreichisches Kaisertum 1804 – schon in Vorahnung auf das Ende des Heiligen Römischen Reichs – und die auf dem Wiener Kongress scheinbar wiederhergestellte Ordnung mit dem *Deutschen Bund* als Ersatz für das Alte Reich konnte letztlich die österreichisch-preußischen Divergenzen hinsichtlich der Deutschen Frage nicht lösen; dies sollte erst 1866 in Folge der Schlacht bei Königgrätz zu Gunsten der *Kleindeutschen Lösung* geschehen.

Auch wenn während der Jahrzehnte der herrschaftlichen Stabilisierung des Habsburgerreichs, der Etablierung eines österreichischen Absolutismus sowie unter den Bedingungen eines „erstarrten, geistesarmen öffentlichen Lebens“ (Schottenloher 1922, S. 328) mit dem *Wien(n)erischen Diarium* (vgl. Reisner und Schiemer in diesem Band) die Gründung einer der ältesten Tageszeitungen gelungen war, so war es in der Folge das (aufgeklärte) Bürgertum (vgl. Bruckmüller & Stekl 1995), das auch in Österreich maßgeblich zur Entwicklung des Zeitungswesens und der Etablierung einer bürgerlichen – rasonierenden (Habermas 1962/1990) – Öffentlichkeit beitrug (vgl. Seidler in diesem Band). Der Aufstieg des (städtischen) Bürgertums ist daher in enger Verbindung mit Aufstieg und Ausdifferenzierung des Mediums Zeitung zu sehen (vgl. Faulstich 2006, S. 21). In den Jahren des aufgeklärten Absolutismus unter Joseph II. und in Folge der Lockerung der Zensurbestimmungen (vgl. Fußnote 3 bei Seidler in diesem Band) konnten sich Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren sowohl als Medien eines aufstrebenden Bürgertums entwickeln, die zum einen die Formulierung eines neuen bürgerlichen Selbstverständnisses sowie die Etablierung einer bürgerlichen Öffentlichkeit ermöglichten. „Nach Jahrhunderten langer Unmündigkeit ermöglichte § 3 des Zensurpatents ein freies, politisches Rasonnement und ließ jene Literatur entstehen, deren ausgeprägtes Charakteristikum die Kritik war“ (Lunzer 1979, S. 53). In einer durch Bildung begründeten Abgrenzung, sowohl gegenüber dem geburtsständischen Adel auf der einen Seite, als auch gegenüber den unteren Schichten der Handwerker, Kleinbürger, Bauern und Bediensteten auf der anderen Seite, sowie getragen von den Druckmedien Zeitschrift, Zeitung, Flugblatt und Buch, entwickelte das Bürgertum eine bürgerliche Identität als neue urbane Klasse „einer übergreifend vernetzten Waren- und Informationsgesellschaft“ (Faulstich 2006, S. 17f.). Damit einher gehend wurden diese Printmedien nun auch vermehrt als ökonomisches Produkt einer bürgerlichen Unternehmerkultur erkannt, womit in der Folge ebenso die Werbung durch und für Druckwerke weiter an Bedeutung gewinnen konnte (vgl. Faulstich 2006, S. 25; Pelgen 2009).

3 Zwischen Wiener Kongress und Erstem Weltkrieg

Unter Miteinbeziehung der großen Kriege als Eckpunkte, Koalitionskriege auf der einen und der Erste Weltkrieg auf der anderen Seite, wird diese Zeitspanne (1792-1918) in der Forschung häufig auch „langes 19. Jahrhundert“ bezeichnet (vgl. Kocka 2001; Bauer 2004; Freytag/Petzold 2007). Gekennzeichnet ist diese Periode durch die Industrialisierung und damit einhergehendem technischen Fortschritt, eine weitere Zunahme an ökonomischer und gesellschaftlicher Bedeutung des

Bürgertums und in der Folge die revolutionäre Einforderung politischer Macht, Bevölkerungswachstum, Wanderbewegungen, Urbanisierung und die Entstehung einer zusehends verarmenden Handwerker- und Arbeiterklasse sowie schließlich die Bildung von nationalistischen Bewegungen und die Entstehung neuer, unabhängiger Nationalstaaten (vgl. Kocka 2001; Osterhammel 2009). Das „lange 19. Jahrhundert“ stellt somit „einen historischen Ort zwischen dem ‚Alten Europa‘ des Ancien Régime und den hochindustrialisierten Nationalstaaten des 20. Jahrhunderts“ dar (Siemann 2007, S. 26).

Nach dem Westfälischen Frieden (1648) war der Wiener Kongress (1814/15) der zweite große europäische Nachkriegskongress. Dabei ging es in erster Linie darum, die Ordnung Europas nach der französischen Revolution und den napoleonischen Kriegen wiederherzustellen oder überhaupt erst zu erfinden (vgl. Just et al 2014). Die zentrale Frage dabei war also, wie diese europäische Ordnung aussehen sollte, um zu gewährleisten, „dass nach einem Vierteljahrhundert revolutionärer Umtriebe wieder ein gewisses Maß an Stabilität Einzug“ halten würde (Duchhardt 2013, S. 16f; vgl. aktuell auch Stauber, Kerschbaumer und Koschier 2014). In gängigen Darstellungen und Lehrbüchern (etwa Vocelka 2000, S. 175) wird als Ziel und Ergebnis der Wiener Verhandlungen gerne der Terminus „Restauration“ verwendet, meist mit dem Zusatz, dass eine Wiederherstellung vorrevolutionärer Verhältnisse ohnehin nicht mehr möglich gewesen wäre. Solches wurde im Übrigen von den Staatsmännern auf dem Kongress nicht vordringlich angestrebt, vielmehr ging es „um die Sicherung strategisch-militärischer Einflusszonen und günstige territoriale Konstellationen im Interesse der vier siegreichen Großmächte“ (Stauber 2014, S. 12f; vgl. dazu auch Fellner 2014, S. 9). Österreich konnte unter den gegebenen Bedingungen durchaus territoriale Gewinne verbuchen, wobei von der österreichischen Diplomatie „die Tendenz der Abstoßung schwer haltbarer Außenposten“ vertreten wurde, „um dafür eine geschlossene, möglichst abgerundete, geographische Einheit der Monarchie zu gewinnen“ (Zöllner 1990, S. 347).

Die Konzentration auf Aspekte der (Neu)Verteilung von Territorien und politischem Einfluss ließ – insbesondere für die Habsburgermonarchie – die Beantwortung wichtiger Fragen wie „nationale oder demokratische Bestrebungen der Völker“ (Zöllner 1990, S. 349) in den Hintergrund rücken. Hingegen sollte die Betonung einer christlichen Tradition der europäischen Länder möglichen revolutionären Ideen als Gegenpol dienen. „Der Geist des Christentums sollte – wenigstens grundsätzlich – die Politik der ‚Heiligen Allianz‘ leiten; jenes am 26. September 1815 zunächst als Dreiervertrag zwischen dem Kaiser von Österreich, dem Zaren und dem König von Preußen begründeten Weltfriedensbundes, dem alsbald [nahezu] alle europäischen Staaten beitraten“ (Zöllner 1990, S. 350).

Neben diesen politischen und ereignisgeschichtlichen Aspekten ist der Wiener Kongress darüber hinaus in der kollektiven Erinnerung auch mentalitäts- und sozialgeschichtlich von Bedeutung (vgl. Werner 2015). Zum einen unterstrich die Wahl Wiens als Kongressstadt, dass Österreich und die Habsburger auch im Rahmen einer neuen europäischen Ordnung eine wichtige Rolle spielen sollten. Zum andern ist der Wiener Kongress ebenso als Identität stiftendes Ereignis für die österreichische – zumindest Wiener – Bevölkerung nicht unwesentlich, verstehen sich Österreich und seine Hauptstadt auch heute noch als Drehscheibe der internationalen Diplomatie, wobei die Rede vom tanzenden Kongress (vgl. Kerschbaumer 2012, S. 20f.) dem Selbstverständnis sowie der touristischen Imagebildung vom gemütlichen, gastfreundlichen und Walzer tanzenden Wien zusätzlich entgegen kommt.

Auch wenn die Neuordnung Europas durch „die alte höfische Gesellschaft der Könige und Aristokraten im Sinne der alten dynastischen-machpolitischen Überlegungen der europäischen Konvenienz“ geschah, so blieben „die Ansätze der begonnenen gesellschaftlichen Veränderungen unberührt, wurde der gesellschaftlich-geistig-politische Aufstieg des Bürgertums nicht rückgängig gemacht, sondern einfach nicht zur Kenntnis genommen“ (Fellner 2014, S. 19). Gleichzeitig fungierte der Kongress gleichsam auch als Experimentierfeld für ein staatliches Überwachungssystem, das in der Folge – benannt nach dem österreichischen Staatskanzler und Außenminister – als „System Metternich“ (Zöllner 1990, S. 350) bezeichnet wurde, wobei der Systembegriff insofern nicht unproblematisch ist, da er die Vorstellung „eines koordinierten und planvollen Vorgehens gegen jegliche Opposition“ evoziert, die „‘Logik‘ der Unterdrückung“ zu sehr betont und „zu geringes Gewicht auf die Kontingenz vieler repressiver Maßnahmen“ legt (Müller 2006, S. 63). Medien- und kommunikationshistorisch relevant ist dabei vor allem die Maßnahme der Zensur, insbesondere die Zeitungszensur (zur österreichischen Publizistik im Vormärz vgl. etwa Häusler 1979). Durch die jährliche oder halbjährliche Herausgabe eines von der „Obersthofpostamthauptzeitungsexpedition auf Anweisung von Polizeihofstelle und Stanzkanzlei“ erstellten Preistarifs wurde veröffentlicht, „welche Zeitungen im aktuellen Jahr erlaubt sein würden“ (vgl. Werner 2014, S. 72f.). Die Aufnahme in diesen Preistarif bedeutete allerdings nur für die ausländischen Zeitungen, dass sie „für das laufende Jahr für unbedenklich erklärt und zum privaten Abonnement freigegeben waren“, die inländischen Zeitungen hingegen mussten trotzdem „täglich vor der Drucklegung bei den Zensurbehörden vorgelegt werden (ebd., S. 73). Darüber hinaus wurde der Zeitungsmarkt weiteren Kontrollmaßnahmen unterworfen, etwa der Konzessions- und Stempelpflicht für Zeitungen, wobei letztere – auch – als steuerliche Maßnahme gegen die ausländische Presse zu verstehen ist, da das Ausmaß der steuerlichen Belastung auch von der Herkunft der Blätter abhängig war und